

**Rede  
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Fraktionsprechers  
für Umwelt und Klimaschutz**

**Marcus Bosse, MdL**

zu TOP Nr. 2

Regierungserklärung

**Regierungserklärung des Niedersächsischen  
Ministers für Umwelt, Energie und Klimaschutz zum  
Thema „Standortauswahlgesetz und Neubeginn der  
Endlagersuche“**

Regierungserklärung – Drs. 17/7681

während der Plenarsitzung vom 05.04.2017  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zunächst einmal gleich vorweg: Ich halte diese Regierungserklärung durchaus für gerechtfertigt und für angemessen.

Ich will Ihnen auch sagen, warum. Ich glaube, es gibt nicht ein einziges anderes Bundesland als Niedersachsen, das eine derartig große Betroffenheit hat, und kein anderes Bundesland, mit dem die Endlagerung und die Kern- bzw. Atomenergie so eng verbunden sind wie mit Niedersachsen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Darum halte ich diese Regierungserklärung durchaus für angemessen. Vielen Dank!

Ich finde es auch ein bisschen vermessen, wenn hier bei diesem Thema gesagt wird, man läuft jedem rostigen Fass hinterher. – Man kann es doch nicht verharmlosen, wenn rostige Atommüllfässer, egal ob in Leese oder in welchem Zwischenlager auch immer, gelagert werden! Dann muss man das doch anprangern! Denn wir haben ja genügend aus der Vergangenheit gelernt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

In den vielen Diskussionen über das Für und Wider der Nutzung der Kernenergie gerade zu Beginn der 50er-Jahre – Franz-Josef Strauß war damals Atomminister; auch von den Sozialdemokraten ist die Kernenergie seinerzeit durchaus gelobt und vorangetrieben worden – war man sich überhaupt nicht darüber im Klaren, wohin letzten Endes die Reise mit der Endlagerung gehen sollte. Es wird immer gerne das Beispiel angeführt, das ich auch für richtig halte: Man ist mit Volldampf in den Himmel gestartet, rauschte in den oberen Sphären herum, und irgendwann hieß es: Was nun? Wohin mit dem Müll?

Gerade wir als Niedersachsen wissen im Zusammenhang mit dem Thema Asse, wo der Müll dann verscharrt und verbuddelt worden ist. Wir feiern – „feiern“ kann man eigentlich nicht sagen; wir begehen eher den Trauertag – 50 Jahre Atommülllagerung in der Asse. Das heißt, die ersten Fässer sind vor 50 Jahren in der Asse eingelagert worden. Darum ist Niedersachsen unbedingt mit dem

Verbuddeln von Atommüll in der Asse verbunden. Damit hat es zunächst einmal begonnen.

Nach den vielen Diskussionen über Tschernobyl, Harrisburg, Fukushima, den Ausstieg, den Wiedereinstieg, den Ausstieg sowohl hier im Plenarsaal als auch auf Bundesebene und in anderen Landtagen sowie auf vielen gesellschaftlichen Ebenen muss doch eines klar sein: Der Weg in die Atomenergie, in die Atomkraft ist eine Sackgasse, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Atomenergie ist wahrlich keine sichere Technologie. Mit Rückblick auf die vielen Skandale, die es in Atomkraftwerken gegeben hat, die es durchaus auch in Zwischenlagern auf der ganzen Welt gegeben hat, wissen wir, dass Unfälle, Verschleierung, Vertuschung und Verharmlosung immer wieder geschehen. Auf der ganzen Welt wurde die Bevölkerung, die in der unmittelbaren Nähe wohnt, vorgeführt. Das ist die Realität.

Nun wird versucht, mit dem Standortauswahlgesetz in einem transparenten Verfahren einen Standort zu finden. Da sind sich alle Parteien einig. Auch die Endlagerung gehört dazu. Sie ist unmittelbar mit der Kernenergie verbunden. Die Kernenergie, diese gefährliche Technologie, ist unmittelbar mit der Endlagerung verbunden. Sie kostet viel Geld. Minister Wenzel hat es gesagt – und diese Zahl ist erwiesen –: Wir sprechen von 100 Milliarden Euro!

Ich denke, hier ist es an der Zeit, einen Schlussstrich zu ziehen, dass kein Atomkraftwerk in der Bundesrepublik Deutschland länger als bis zum Jahr 2022 laufen soll, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Diese Debatte muss ein für alle Mal beendet sein.

Ich möchte an dieser Stelle allen Beteiligten aus den Ministerien und natürlich auch darüber hinaus allen, die bei dieser riesigen Aufgabe, bei diesem langen Prozess, der geführt worden ist, mitgewirkt haben, meinen ausdrücklichen Dank aussprechen. Mein ausdrücklicher Dank geht an den Ministerpräsidenten und seinen Stellvertreter, den Umweltminister Stefan Wenzel.

Ich denke, für Niedersachsen wurden die besten konstruktiven Vorschläge herausgearbeitet und der bestmögliche Konsens erzielt. Dafür Dank, Anerkennung und Respekt!

Die Vergangenheit zeigt auch, dass es mit Blick auf die 60er- und insbesondere 70er-Jahre nicht ausreicht, irgendwo mit dem Finger auf die Landkarte zu tippen und zu sagen: Da ist der Ort! – Das hatten wir bei der Asse so. Das war in Gorleben so. Dieser Prozess ist falsch. Hier bedarf es eines grundsätzlichen Abwägungsprozesses. In der Vergangenheit wurden hier viele Fehler gemacht – unter Sicherheitsaspekten, unter finanziellen Aspekten –, und es wurden insbesondere auch politische Fehler gemacht.

Gorleben – das haben alle Redner ausgeführt – ist nicht ausgeschlossen. Das hat auch Frau Hendricks am letzten Freitag gesagt. Ich möchte aber auch betonen, dass der Bundestag zum Thema Gorleben einen Untersuchungsausschuss hatte. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Erkenntnisse, die wir über Gorleben haben, ausreichen, um Gorleben ein für alle Mal auszuschließen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

In einem solchen Prozess ist es auch wichtig, nicht nur Experten zu benennen. Am Anfang wurde ja gesagt: Lasst das nur die Experten machen! Niemand anderes als die Experten können in die Kommission benannt werden! – Ich denke, das ist ein Irrweg. Warum sage ich das? – Wir haben uns gerade im Bereich der Kernenergie und der Endlagerung in den letzten Jahren ein bisschen zu viel auf die Experten verlassen. Alle diejenigen, die im Asse-Untersuchungsausschuss gewesen sind, wissen sehr wohl, dass man sich da zu sehr auf die Experten verlassen hat. Es bedarf eines hohen bürgerschaftlichen Engagements. Man tut gut daran, die Kommission so zusammengesetzt zu haben, dass alle gesellschaftlichen Bereiche vertreten sind. Experten können sich irren, sie haben sich geirrt.

Meines Erachtens ist es bei diesem Thema ganz wichtig, dass wir uns nicht einer Technikhörigkeit hingeben. Auch das ist ein Prozess, den wir alle in vielen Jahren

haben lernen müssen, insbesondere in den 60er- und 70er-Jahren. Damals wurde immer gesagt: Wir haben das im Griff! Wir können das bewältigen! – Wir alle wissen heute: Genau das Gegenteil ist der Fall.

Und die Arbeit der Kommission hat sich gelohnt – das sage ich ganz deutlich –, sie hat sich wirklich gelohnt. Die Kommission hat nicht nur das Parlament, sondern auch die verschiedensten Gruppen geeint.

Wenn wir aus der Geschichte der Atomkraft eines mitnehmen können, dann das: dass wir an neue Technologien äußerst vorsichtig herangehen müssen, dass wir sie erst einmal in Ruhe erforschen müssen und dass wir – aber das sollte man ja bei allen Dingen tun – grundsätzlich das Ende bedenken müssen.

Wir haben vor wenigen Wochen gelernt: verschiedene Länder – verschiedene Suchverfahren. Manchmal standen uns die Haare zu Berge, als wir gesehen haben, wie einige Länder an den Suchprozess herangehen. Manche Länder suchen relativ schnell, andere Länder, so auch die Bundesrepublik Deutschland, nehmen sich für den Suchprozess sehr viel Zeit.

Ich glaube, es ist richtig, in Ruhe zu gucken und in Ruhe zu forschen. Aber dabei darf man das Ziel nicht aus dem Blick verlieren. Das Ende dieses Suchprozesses muss absehbar sein. Wir dürfen das Problem der Endlagerung nicht von der einen Generation auf die nächste und auf die übernächste Generation verschieben. Die Bürgerinnen und Bürger, die in der Nähe eines Zwischenlagers leben, müssen die Gewissheit haben, dass das Zeug irgendwann wegkommt und dass es irgendwann ein Endlager in Deutschland gibt – oder auch zwei.

Mit Blick auf Niedersachsen ist klar: Schacht Konrad ist für 303.000 m<sup>3</sup> genehmigt. Dafür ist er geplant, und damit ist er auch ausgereizt; das sage ich hier in aller Deutlichkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die Vergangenheit lehrt, dass in einem solchen Prozess nur glasklare Transparenz, Beteiligung und Partizipation zum Erfolg führen. Das ist das, was die Bürgerinnen und Bürger erwarten, das ist das, was die Politik liefern muss.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Bundesrepublik Deutschland mit dem Standortauswahlgesetz auf dem richtigen Weg ist. Ich bin auch davon überzeugt, dass man aus den vielen fürchterlichen Ereignissen in der Geschichte der Kernenergie gelernt hat, an diese Technologie mit Vorsicht und mit Transparenz heranzugehen. Und ich bin davon überzeugt, dass die Bundesrepublik Deutschland mit diesem Standortauswahlgesetz Vorreiter für viele andere Länder in der Welt sein kann: Vorreiter beim Ausstieg aus der Kernenergie, aber vor allen Dingen Vorreiter bei der Suche nach einem Endlager.

Herzlichen Dank.